

KOMMENTAR

Grenzwertig!

Seit mehreren Wochen und Monaten wird unter unseren Kolleginnen und Kollegen immer intensiver die Frage der Grenzen und Möglichkeiten des polizeilichen Einschreitens bei Sitzblockaden diskutiert. Ausgangspunkt sind die Einsätze der letzten Wochen im Rahmen genehmigter NPD-Demos.

Damit ich nicht falsch verstanden werde. Die Gewerkschaft der Polizei unterstützt jede Form des Protests und des zivilen Widerstands gegen Rechts, solange sich Protest und Widerstand im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten bewegen. Es ist mehr denn je notwendig, Zivilcourage zu zeigen, dass den braunen Idioten weder unsere Straßen und Plätze gehören und sie nicht mit ihrer Ideologie in die Köpfe von Kindern und Jugendlichen eindringen. Ich persönlich habe eine hohe Achtung vor allen Bürgerinnen und Bürgern, die ihre Abscheu und ihren Unmut über diesen braunen Spuk auch öffentlich zum Ausdruck bringen.

NPD-Verbot – Ja!

Es ist richtig und längst überfällig, dass die NPD mit einem rechtsstaatlich sauberen Verfahren verboten wird. Es ist ein Unding, dass sich eine solche Partei aus Steuermitteln finanzieren kann und ihre rechte Ideologie wählbar ist. Wer aber glaubt, dass damit die rechte Ideologie erheblich zurückgedrängt wird, der irrt. Mit Verboten allein kann man nichts erreichen. Man kann zunächst nur ihre Wählbarkeit verhindern. Kompliziert wird es, das evtl. durchgesetzte Verbot umzusetzen. Der Stellenabbau in der Polizei und auch beim Verfassungsschutz setzt uns dabei erhebliche Grenzen. Allein ein mögliches Verbotsverfahren wird über Jahre hinweg Kräfte binden.

Neue Kameradschaften

Für mindestens genauso gefährlich wie die NPD halte ich die Bildung von vielen neuen regionalen rechten Kameradschaften. Dies ist bereits die erste Antwort der rechten Szene auf ein mögli-

ches NPD-Verbotsverfahren. Auch diese rechten Kameradschaften binden Kräfte der Polizei und des Verfassungsschutzes. Aber was viel schlimmer ist – sie sind regional ansprechbar und regional präsent. Das macht sie umso gefährlicher. Auch hier müssen alle demokratischen Kräfte entgegenwirken, dass sich solche rechten Kameradschaften nicht bilden und etablieren können bzw. dass ihre Ideologie sofort entlarvt wird.

Sitz- bzw. Verhinderungsblockaden

Derzeit wird eine heftige Diskussion über geeignete Mittel, rechte Aufzüge zu verhindern, geführt. Dabei geht es auch um das Thema Sitz- bzw. Verhinderungsblockaden. In Brandenburg sind diese mittlerweile zu einem üblichen Demonstrationsmittel geworden.

Die Gewerkschaft der Polizei hat im Rahmen einer Anhörung im Innenausschuss zum Einsatz in Neuruppin September 2011 klar Stellung bezogen. Es gibt eindeutige höchstrichterliche Rechtsprechung zu Sitzblockaden, die zeitlich begrenzt sind und mit denen man ein politisches Zeichen setzen möchte, und zu Verhinderungsblockaden, um die Wahrnehmung von Versammlungsrecht zu verhindern, die strafbar sind.

Nach Auffassung unserer Polizeiführung wird diese Rechtsprechung offensichtlich nicht vollumfänglich mitgetragen. Da werden Verhinderungsblockaden plötzlich als Spontandemos umgedeutet, die aber keine Spontandemos sind. Sie sind von langer Hand vorbereitet, ein Lautsprecherwagen wird vorgefahren, Spruchbänder sind da, Flugblätter werden verteilt. Was ist daran eine Spontandemo?

Mittels Sitzblockaden wird in den Straßenverkehr eingegriffen, um genehmigte (oft nach verwaltungsgerichtlichem Verfahren) NPD-Aufzüge zu blockieren. Das ist nach Absprache zwischen dem Veranstalter und der Polizei im Rahmen einer zeitlichen Begrenzung durchaus möglich. Und nur dann. Aber wie lang ist zeitliche Begrenzung?

Es ist in Brandenburg Praxis geworden, diese zeitliche Begrenzung so weit auszudehnen, bis die rechten Idioten wieder abgereist sind. Ob dieses noch rechtsstaatlich ist oder – wie einige in der Führung – behaupten, das ist das berühmte Grau zwischen Schwarz und Weiß, halte ich für rechtlich äußerst bedenklich. Kein Absolvent unserer Fachhochschule würde eine Prüfung mit dem Thema Versammlungsrecht bestehen, wenn er sich auf die polizeiliche Praxis in Brandenburg bezieht. Und gerade dieser Fakt wird von unseren jungen Kolleginnen und Kollegen, aber nicht nur von ihnen, äußerst kritisch gesehen. Bei der Auslegung und Umsetzung von Gesetzen und Verordnungen gibt es kein Grau. Und gerade wir als Polizei sind zum rechtsstaatlichen Handeln verpflichtet. Wenn uns dann in Diskussionen mit der Polizeiführung vorgehalten wird, dass die Medien uns ja jetzt loben anstatt tadeln, dass der Erfolg die Mittel heiligt und es im Übrigen uninteressant ist, welche Meinung einzelne Beamte oder Polizeiführer haben, dann ist die Brandenburger Polizei auf einem falschen Weg. Ich bin nur gespannt, was wir machen, wenn bei einer Demo von Links sich einmal mehrere Rechte auf die Straße setzen oder wenn im Rahmen anderer Demos – wie z. B. einer Schülerdemo – der Veranstalter auf die Idee kommt, mit Sitzblockaden den gesamten Straßenverkehr in Potsdam lahmzulegen. Was tun wir dann als Polizei? Wo ist da dieses berühmte Grau? Verteilen wir dann an die wartenden Autofahrer Kaffee und Tee? Ich habe bewusst etwas überzogen, aber das Problem besteht und muss gelöst werden.

Falsches Signal der Staatsanwaltschaft

In diesem Zusammenhang sehe ich es genauso kritisch, dass unmittelbar vor dem 1. Mai 2012 die Strafverfahren gegen die Blockierer von Neuruppin eingestellt wurden. Die Verfahren gegen die eingesetzten Beamtinnen und Beamten, die

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

Versammlungsrecht durchsetzen sollten, jedoch nicht. Und genau so wurde dieses von den Medien auch aufgegriffen. Dies ist ein falsches Signal seitens der Staatsanwaltschaft, ein falsches Signal an alle die, die sich polizeilichen Maßnahmen

widersetzen wollen und ein falsches Signal in die Polizei.

Es ist heute besonders wichtig zu verdeutlichen, dass Polizei rechtsstaatlich handelt und sie nicht einmal im Ansatz politisch missbraucht wird. Gerade unsere DDR-Erfahrung in Brandenburg sollte uns hier immer ein warnendes Signal

sein. Wir sind als Gewerkschaft der Polizei gern bereit, in einem offenen und sachlichen Dialog diese hier aufgeworfenen Probleme zu beraten und einer Lösung zuzuführen, im Interesse eines starken, wirkungsvollen und rechtlich sauber agierenden Widerstandes gegen den rechten Spuk. **Andreas Schuster**

MEINUNG

Von einem gewandelten Minister, Taschenspielertricks und Polizisten, die sich das nicht gefallen lassen

So lange ist es noch gar nicht her, als ein Innenminister den Plan hegte, das Weihnachtsgeld für seine Beamten zu kürzen und später gänzlich abzuschaffen. Aber in seiner ihm eigenen Art dachte er sich wohl, was soll's – kommt, wir streichen es gleich ganz. Und auch sonst hatte er nicht viel für seine Beamten übrig. Inzwischen restauriert er ein Boot in Afrika.

Mit der sogenannten Polizeireform kam auch ein neuer Minister. Und er

schien anders zu sein. Von Charme-Offensive war zu lesen. Er wollte die Beschäftigten mitnehmen, stellte sich den Fragen und Sorgen der Personalvertretungen und der Gewerkschaften. Nun ja, er brauchte die Interessenvertretungen für sein Projekt. Und man machte den Beschäftigten Hoffnungen. Vertreter der Landesregierung setzten sich mehrfach mit den Gewerkschaften an einen Tisch. Es ging darum, die beabsichtigte Verlängerung der Lebensarbeitszeit noch mal zu überdenken, Sonderzuwendungen (Weihnachtsgeld) ebenso wie Regelungen zur Altersteilzeit und Vorruhestand wieder einzuführen. Aber die Vertreter der Landesregierung zogen die Verhandlungen in die Länge.

Es knirscht zwar an allen Ecken und Enden, aber die neuen Polizeistrukturen sind inzwischen weitestgehend umgesetzt.

Eigentlich ein guter Zeitpunkt, um den Kolleginnen und Kollegen nun durch einen vernünftigen Abschluss der Verhandlungen zu danken.

Doch weit gefehlt. 14 Tage vor dem ersten 3er-Gespräch lässt unser Innenminister im Kabinett bereits beschließen, dass alle Beamten nunmehr bis zum 67. Lebensjahr arbeiten müssen. Damit würde Brandenburg unter Rot/Rot die mit Abstand schlechteste, unsozialste, ungesündeste Regelung bundesweit in Kraft setzen! Und er setzte noch eins drauf. Im Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand danach befragt, erklärte unser Innenminister, dass es in all' den vorangegangenen Gesprächen nie um das Thema Lebensarbeitszeit gegangen wäre. Bezüglich des Weihnachtsgeldes seien

nun mal nicht mehr als die angebotenen 17 Euro drin und Regelungen zum Vorruhestand und Altersteilzeit sind mit ihm ohnehin nicht zu machen. Plötzlich schien er wieder da zu sein – der Minister, der jetzt ein Boot restauriert in Afrika.

Inzwischen hat das erste sogenannte 3er-Gespräch am 8. 6. stattgefunden. Die Aufgabe hatte Ministerpräsident Platzeck zuvor formuliert: Attraktivität des öffentlichen Dienstes erhöhen, junge Menschen in Brandenburg halten und vom vorletzten auf einen einstelligen Platz bei der Besoldung im Bundesvergleich vorrücken. Gut, könnte man denken. Aber auch hier weit gefehlt. Die Lösung der Landesregierung: Den Verheiratenzuschlag einfach ins Grundgehalt rechnen (das macht kein anderes Land) + 17 Euro Weihnachtsgeld = einstelliger Platz. „Liebe Landesregierung, Polizisten sind nicht blöd!“ Und selbst der Finanzminister musste eingestehen, dass sich so unterm Strich nichts am vorletzten Platz ändert.

Das ist kein Angebot, das ist eine Provokation.

Das Signal, dass von unserem Innenminister an unsere Kolleginnen und Kollegen geht, ist unmissverständlich: Die wichtigsten reformbedingten Änderungen sind vollzogen. Ich brauche die Interessen- und Berufsvertretungen nicht mehr. Diese Schlussfolgerung hat der Innenminister gegenüber dem GLBV übrigens auch nicht demontiert.

Unsere Beschäftigten fühlen sich hingehalten und verar...! Die GdP hat inzwischen erste Maßnahmen beraten. Gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst, der Justiz, der

 **DEUTSCHE POLIZEI**
Ausgabe: **Landesbezirk Brandenburg**

Geschäftsstelle:
Rudolf-Breitscheid-Straße 64
14482 Potsdam
Telefon (03 31) 7 47 32-0
Telefax (03 31) 7 47 32-99

Redaktion:
Frank Schneider (Vi.S.d.P.)
Rudolf-Breitscheid-Straße 64
14482 Potsdam
Telefon (03 31) 8 66 20 40
Telefax (03 31) 8 66 20 46
E-Mail: PHPRMI@AOL.com

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-278X



MEINUNG

Bildung, der Feuerwehr, der Steuerwerkschaft werden wir den Fehdehandschuh aufnehmen. Die Aussicht, nicht nur bei der Besoldung, sondern auch noch bei der Lebensarbeitszeit Schlusslicht im Bundesvergleich zu werden, ist ein Schlag ins Gesicht all' derer, die Tag für Tag auch für die Damen und Herren der Landesregierung ihren Kopf hinhal-

ten und nicht selten ihre Gesundheit riskieren.

In den Strategiepapieren des Polizeipräsidiums ist zu lesen, dass wir in unserer Arbeit mindestens Bundesdurchschnitt erreichen sollen. Nur bei den Geleisungen spielen solche Überlegungen offensichtlich keine Rolle. Wir erwarten von unserer Landesregierung um-

gehend, noch vor den Beschlüssen zum Haushalt, umzudenken und ernsthafte Verhandlungen mit uns aufzunehmen. Wie sehr das Not tut zeigt schon folgende Einschätzung: Die SPD hat nach der AfA am 4. 6. resümiert: Landesregierung und Gewerkschaften ziehen am selben Strang. Nur eben nicht in dieselbe Richtung.

Tommy Kühne

AUS- UND FORTBILDUNG

Bedarfsgerecht online lernen in der Brandenburger Polizei

Genau die Inhalte vermitteln, die der jeweilige Seminarteilnehmer benötigt. Dies ist in einem klassischen Präsenzseminar nur begrenzt möglich, da viele Teilnehmer mit sehr unterschiedlichem Wissen und differierenden Erfahrungen in ein Seminar kommen.

Eine Möglichkeit, das Ziel dennoch zu erreichen, bieten Onlinephasen in Seminaren oder ganze Onlineseminare. Seit 1. März 2012 wird beispielsweise das Basismodul 1 im Onlineseminar „Cybercrime für Ersteinschreiter“ im Intranet der Polizei angeboten und richtet sich damit an „Wach- und Wechseldienstler“, Revierpolizisten, Beamte der LESE und Kriminalisten.

Dieses Seminar vermittelt anschaulich Grundlagenkenntnisse in den Bereichen Computerhardware, -software und Netzwerke. Wer dieses Basismodul erfolgreich besteht, kann an den nachfolgenden weiterführenden Onlinemodulen zum Thema „Cybercrime für Ersteinschreiter“ teilnehmen. Zugleich werden damit alle Teilnehmer mindestens die Kenntnisse aus dem Basismodul als Voraussetzung mitbringen, sodass die nachfolgenden Weiterbildungsabschnitte auf höherem Niveau beginnen können. Aber auch das Basismodul 1 selbst bietet bereits verschiedene Steuerungsmöglichkeiten für die Teilnehmer, denn Lernangebote sind vor allem dann effizient, wenn sie sich am Bedarf der jeweiligen Lerner orientieren. So erhält beispielsweise jeder Teilnehmer nach Absolvierung von Vortests, in denen sein aktueller Wissensstand abgefragt wird, eine persönliche Empfehlung, welche Abschnitte aus dem Lernprogramm intensiv, weniger intensiv oder überhaupt nicht bearbeitet werden müs-

sen. Dadurch können sich Seminarteilnehmer gezielt durch das Lernprogramm arbeiten.

Auch das Lernprogramm selbst wird in einer neuen Qualität durchgeführt. Die Zeit von langen Texten ist vorbei. Vielmehr wird der Kursteilnehmer unter Nutzung von zahlreichen Animationen und Videos verständlich durch die Computerwelt geführt. Am Ende steht der Abschlusstest. Dieser kann maximal zweimal absolviert werden. Wer diesen Test besteht, der ist bereit für die nachfolgenden Module, die genau auf den Grundlagenwissensstand aus dem aktuellen Kurs aufbauen.

In der Vermittlung von Grundlagenkenntnissen wird Onlinelernen auch zukünftig seine Stärken entfalten können. Damit wird es möglich sein, Teile der Weiterbildung in der eigenen Dienststelle durchzuführen und somit Fahrtwege zu reduzieren. Der größte Vorteil des Onlinelernens liegt jedoch darin, dass theoretische Lerninhalte unmittelbar am Arbeitsplatz zur praktischen Anwendung kommen. Dadurch kann der Praxistransfer des neu erlernten Wissens maßgeblich verbessert werden. Das bedeutet nun aber nicht, dass die klassische Prä-

senzweiterbildung abgeschafft wird. Vielmehr werden Präsenzphasen mit dem Onlinelernen sinnvoll miteinander verknüpft, sodass die Vorteile beider Methoden genutzt werden können. Kennzeichnend für dieses gemischte Lernen



Vortest in der Lernanwendung

(Blended Learning) ist, dass die verschiedenen Phasen ineinandergreifen. Hierbei gibt es keine verbindlichen Festlegungen, wie viel Online- oder Präsenzlernen erforderlich ist. Das ist durch den Dozenten in seiner Lehrgangsplanung unter Berücksichtigung des Themas festzulegen. Noch in diesem Jahr wird mit dem Lehrgang „Digitalfunk – Endgeräteeinführung“ erstmals ein Blended-Learning-Seminar für die gesamte Polizei angeboten. Die Grundlagen werden mittels eines Onlinekurses vermittelt, die Bedienung der Geräte in einem kurzen Präsenzteil. Der hierfür notwendige Buchungsablauf

Fortsetzung auf Seite 4



AUS- UND FORTBILDUNG

Fortsetzung von Seite 3

in der Weiterbildung erfolgt unter Nutzung des Bildungsportals der Polizei ebenso online im Intranet. Im Bildungsportal können Brandenburger Polizisten bereits heute über eine personalisierte



Lehrgangssuche im Bildungsportal

Seite im Intranet ihren Fortbildungsbedarf anmelden und selbst verwalten – allerdings bis Jahresende nur für Onlineseminare.

Ab 1. Januar 2013 soll das auch für Präsenzseminare Anwendung finden. Dazu werden die Weiterbildungskataloge für die Zentrale Weiterbildung, die regionale Weiterbildung, die dezentrale und die externe Weiterbildung im Bildungsportal hinterlegt und fortlaufend aktualisiert.

Bei Interesse an einem Lehrgangsangebot muss der „Wissensdurstige“ bei seinem Vorgesetzten das Einverständnis über seine Seminarteilnahme einholen. Wenn er dies hat, meldet er sich im Bildungsportal online an. Sein zuständiger Sachbearbeiter Aus- und Fortbildung in der Personalstelle kann ihn dann ebenso online im Bildungsportal in das Seminar buchen oder eine Teilnahme ablehnen. Hierüber erhält der Mitarbeiter eine Mailbestätigung in sein Outlook-Postfach.

Der jeweilige Vorgesetzte hat über das Leserecht den Überblick über Fortbildungsbedarf und -wünsche seiner Mitarbeiter, und kann jederzeit steuernd eingreifen. Auch Übernachtungswünsche und Abordnungsverfügungen werden dann per Mausklick im System erzeugt. Nach einem Lehrgang wird es möglich sein, das persönliche Zertifikat auszudrucken. Ein elektronisches Zertifikat soll parallel in die Personalakte eingetragen werden. Dabei werden sämtliche absolvierten Lehrgänge auf der persönlichen Seite im Bildungsportal vorgehalten, sodass die Zertifikate auch noch spä-

ter ausgedruckt werden können und jeder Mitarbeiter einen genauen Überblick über seine Fortbildungshistorie hat. Mit der Einführung des Bildungsportals für alle Weiterbildungsarten ab 1. Januar 2013 wird die Anmeldung und Vergabe von Lehrgängen für die Mitarbeiter wesentlich transparenter. Bereits heute ist das Bildungsportal der Polizei unter ibms.polbb.de erreichbar – treten Sie ein.

Interview:

Dan Rohde aus der Autobahnwache Buckowsee war der erste Mitarbeiter der Polizei des Landes

Brandenburg, der erfolgreich das Basismodul 1 des Onlinekurses „Cybercrime für Ersteinschreiter“ absolviert hat. Mit dem GdP-Mitglied führten wir ein kurzes Interview:

Dan, du hast als Erster das Basismodul 1 des Kurses „Cybercrime für Ersteinschreiter“ erfolgreich absolviert, wie fällt dein Fazit aus?

Ich bin im Computerbereich etwas bewandert, kann deshalb einschätzen, dass der Kurs insgesamt schon einige Anforderungen stellt. Einfach die Prüfung absolvieren und bestehen, dies wird den meisten Mitarbeitern nicht gelingen.

Wie fandest du den Kurs insgesamt?

Mir hat das methodische Vorgehen sehr gefallen, erst die Vortests mit den Lernempfehlungen, dann fand ich die Lernanwendung sehr gut aufgebaut und auch dargestellt. Über das Gehäuse in das Innere des Computers bis hin zu den Netzwerken – die Lernanwendung fand ich gelungen.

Du arbeitest im WWD, dort ist bei vielen PC der Ton abgestellt, gab es bei dir auch Schwierigkeiten?

Ja, in der Tat. Der Ton war auch bei unserem PC abgeschaltet, ließ sich jedoch über das Lautsprechersymbol in der Taskleiste einfach einschalten. Während des gesamten Lernens gab es keinerlei technische Schwierigkeiten, die Videos liefen ohne Ruckeln ab und der Ton kam klar rüber.

Du gibst hier eine sehr zufriedene Rückmeldung. Aber wo Licht ist, gibt es in der Regel auch Schatten, wo siehst du noch Verbesserungsbedarf?

Zu der Lernanwendung selber habe ich eigentlich keinen Verbesserungsvorschlag. Im Bildungsportal war für mich nicht ganz klar, dass ich nach meiner Anmeldung auf die Bestätigung des Sachbearbeiters Aus- und Fortbildung warten musste. Bisher war ich es gewohnt, nach der Anmeldung gleich loslegen zu können. Da ist vielleicht noch etwas mehr Öffentlichkeitsarbeit notwendig.

**Dirk Gundel,
POLIZEI-ONLINE**

DANKE

Anfang Juni erreichte uns ein sehr emotionaler und bewegender Anruf.

Der Kollege Mathias Bauer aus Mittenwalde meldete sich bei uns und berichtete über sein Schicksal.

Mathias Bauer erlitt im September 2011 im Dienst ein Aneurysma (ein Platzen der Hauptschlagader im Gehirn), was zu einer lebensbedrohlichen Situation führte. Nur durch das beherzte und umsichtige Handeln seiner Kollegen konnte Mathias gerettet werden und befindet sich mittlerweile auf dem Weg der Besserung.

Mathias Bauer möchte sich auf diesem Wege bei der Kollegin **Silke Jens** und bei den Kollegen **Ronny Blumenthal** und **Udo Sladky** zutiefst bedanken.

Ihm fehlen die Worte, um das wiederzugeben, was er empfindet.

**Im Auftrag
Die Redaktion**



BILDUNGSWERK

Das Bildungswerk der GdP – eine andere Art der Fortbildung

In der Zeit vom 16. 4. bis 18. 4. 2012 nahm ich an einem Seminar „Konfliktbewältigung/Gesprächsführung“ im „Hotel Waldhaus Prieros“ teil.

Wie komme ich als einfaches GdP-Mitglied an so einen Lehrgang? Es ist ganz einfach!

Ich werde von meinem Kreisgruppenvorsitzenden angesprochen bzw. informiere mich über Intranet unter dem Abschnitt Personal- und Berufsvertretung bei meiner Berufsvertretung über die Seminarangebote des GdP-Bildungswerkes und melde mich über meine Kreisgruppe für das in meinem Interesse stehende Seminar an. Die Themen des Bildungswerkes sind keine Fachkunde der Polizeiarbeit, dienen aber dazu, unsere Arbeit besser zu verstehen und zu verarbeiten bzw. bei Berücksichtigung dieses Wissens besser ausführen zu können. Entgegen den meisten Fortbildungsmaßnahmen beruhen diese Seminare auf freiwilliger Basis. Es wird angestrebt, dass auch alle Teilnehmer vor Ort übernachten, denn es geht nicht nur um Wissensvermittlung, sondern auch um den Erfah-

rungsaustausch aller Seminarteilnehmer untereinander und ein kollegiales Miteinander. Meine Erwartungen waren hoch und wurden erfüllt. Das Objekt in ruhiger Lage mitten im Wald an einem See bietet

Humor durch Victoria und Dietmar vermittelt. So ein Unterrichtstag begann um 9.00 Uhr und endete mit der theoretischen Wissensvermittlung um 18.00 Uhr. Nach dem Abendessen trafen wir uns zum gemütlichen Teil im Kaminzimmer, wo wir mit einem Glas Wein bzw. Bier zusammensaßen und den Tag ausklingen ließen. In den abendlichen Gesprächen war aber das erlangte Wissen des Tages immer wieder Gesprächsthema, kombiniert mit den eigenen Erfahrungen in der Arbeit. Da an so einem Seminar Kollegen aus vielen Spezialbereichen und Dienststellen der Polizei teilnehmen, erfährt man viele neue Informationen, die dazu beitragen, ein besseres Verständnis für manche



Bild: E. Bunn

gute Voraussetzungen für eine erfolgreiche Wissensvermittlung und auch die Unterkunft konnte sich sehen lassen. Es stellte sich heraus, dass es anstrengende Tage wurden. Der Wissensumfang war immens. Er wurde durch Gruppenarbeit und unter Ausnutzung der vorhandenen Möglichkeiten in lockerer Atmosphäre mit viel

Verhaltensweisen der Polizisten in diesen Bereichen zu erlangen und für die eigene Arbeit zu nutzen. Abschließend kann ich nur sagen, dass es für mich eine rundum gelungene Fortbildungsmaßnahme war.

Seminargruppe „Konfliktbewältigung/Gesprächsführung 16.–18. 4. 2012“

Egon Bunn

MEINUNG

Was lange währt, wird am Ende doch noch gut

Nach sieben, (un)endlich langen Jahren des unermüdlichen Schreibens hat die WSP der Polizeidirektion Ost mit Sitz in Hohensaaten nun doch einen adäquaten Ersatz für den in die Jahre gekommenen Opel Frontera als Trailerfahrzeug erhalten.

Am 15. 3. 2012 war es dann soweit. Wir konnten in Wünsdorf beim ZDPol den zwölf Jahre alten und mit 360.000 Kilometer Laufleistung ausgestatteten Frontera endlich gegen einen neuen VW Tiguan, 4 x 4 mit zusätzlichem Off-Road-Paket eintauschen. Denn schließlich hat die WSP der PD Ost mit ca. 550 km Bun-

des- und Landeswasserstraßen in ihrem Zuständigkeitsbereich einen der größten Bereiche innerhalb des Landes Brandenburg. Hierzu zählen natürlich auch 162 km Oder mit seinem unwegsamem Odervorland und die schiffbaren Landesgewässer in den Bereichen der Landkreise Uckermark, Barnim, Märkisch Oderland und dem Landkreis Oder Spree, wo das trailerbare Schlauchboot mitunter das einzige Einsatzmittel ist, um auch hier den wasserschutzpolizeilichen Vollzug zu gewährleisten. Der Frontera wurde mittels Trailer und Schlauchboot auch vornehmlich in diesen Bereichen eingesetzt,

aber auf Grund des doch fortgeschrittenen Alters und der Laufleistung war dies immer mehr mit Problemen und anschließenden Reparaturen und Kosten verbunden.

Somit ist die Freude über den neuen Tiguan sicherlich auch nachvollziehbar. Und auch die ersten Einsätze und Erprobungen hinsichtlich der Geländetauglichkeit und dem Verhalten beim Trailern im unwegsamem Gelände sowie Fahrten bis ins Wasser sind absolviert und für gut empfunden worden.

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 5

Lediglich bei den am Fahrzeug befindlichen Reifen muss noch nachgebessert werden. Die für den Einsatz auf der glatten Straße sehr gut geeigneten Reifen sind im Gelände nicht so gut. Da sie mit mehreren Längsrillen versehen sind, setzen sie sich natürlich sehr schnell mit losem Boden zu und verhindern den Grip des Reifens im Gelände. Hier sind sicherlich grobstolligere Reifen besser geeignet. Aber diese Erfahrungen haben bereits Wasserschutzpolizeien anderer Bundesländer gemacht und uns auch

beim Erfahrungsaustausch in Dresden bei der WSP in Sachsen mitgeteilt.

Sicherlich kann aber dieser kleine Mangel bis zum Einsetzen der Schlecht-Wetter-Periode und den zunehmend schlechter werdenden Untergründen an den Wasserstraßen behoben werden.

Als positiv wird die zusätzliche Ausstattung des Fahrzeugs mit einem Off-Road-Paket eingeschätzt. Hierdurch wird die Geländefähigkeit des Fahrzeugs um ein Vielfaches erhöht. Ebenso positiv macht sich das Automatikgetriebe des Fahrzeugs bemerkbar. Hatte der Frontera immer noch ein Schaltgetriebe und ei-

ne zuschaltbare Untersetzung, die mitunter sehr schwierig zu händeln war, sind durch das Automatikgetriebe des Tiguan diese Schwierigkeiten endlich beseitigt.

Rundum können wir doch feststellen, dass ein Ersatz der zwölf Jahre alten Technik doch nur positiv zu bewerten ist und insgesamt eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Beamten bedeutet. Letztendlich geht es auch um eine Kosteneinsparung für die Haushälter, denn der Frontera hat doch mehrere Tausend Euro an Reparaturkosten jährlich verursacht.

Dumke, Ltr. WSP PD Ost

Offener Brief

der Seniorengruppe der Kreisgruppe Uckermark an den Innenminister des Landes Brandenburg,
Dr. Dietmar Woidke

Beschluss der Mitgliederversammlung vom 23. 5. 2012

Sehr geehrter Herr Innenminister, mit Befremden und voller Zorn haben wir Rentner und Ruheständler der GdP-Kreisgruppe Uckermark zur Kenntnis genommen, dass bisher keine Änderung des Beamtenversorgungsrechts in Kraft gesetzt wurde, die den Wegfall des vorübergehend erhöhten Ruhegehaltssatzes gemäß § 3 des BbgBBBeamVG mit Erreichen des 65. Lebensjahres verhindert und die

Pensionszahlung an das Hinausschieben des Rentenalters anpasst.

Wir sind enttäuscht darüber, dass in diesem Land in derartiger Oberflächlichkeit und Gleichgültigkeit mit dem Wohl seiner Landesbediensteten umgegangen wird. Dieses Verhalten spiegelt nicht die Politik der Sozialdemokraten wider und kann vom Wähler nicht toleriert werden. Ihnen als zuständigem Minister sollte hinreichend bekannt sein, wie sich die Versorgungssituation der Pensionäre, die Vorwendezeiten im polizeilichen Dienst ver-

bracht haben, darstellt. Der Erhöhungsbeitrag ist existenzsichernd, auch für einen Monat.

Wir fordern Sie auf, schnellstmöglich den Forderungen des DGB und der GdP zu folgen und die Inkraftsetzung eines entsprechenden Gesetzes zu veranlassen, um uns und allen zukünftig Betroffenen den Lebensabend nach einem aufopferungsvollen Dienst für das Land und die Bürger zu sichern.

Die Senioren der Seniorengruppe der GdP-Kreisgruppe Uckermark

Mit Rot/Rot zur roten Laterne!

Mit dem Beschluss der Landesregierung zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit der Beamten hat Brandenburg für die Mehrzahl der Polizisten die schlechteste Lösung bundesweit geschaffen. Wir sollten uns kümmern – um eine andere Regierung, um einen anderen Minister, um einen, der uns ernstnimmt und achtet, respektiert und fordert und nicht betrügt. Denn es ist Betrug, wenn man Loyalität ausnutzt. Unsere Loyalität hat ihm den Betrug ermöglicht. Wer mehr dazu wissen will, sollte Wikipedia bemühen. Unter Bravors findet man § 45(1) LBG in folgendem Wortlaut:

§ 45

Ruhestand wegen Erreichens der Altersgrenze

(1) Für die Beamten ist das vollendete 65. Lebensjahr die Altersgrenze. Für Lehrer an öffentlichen Schulen gilt als Altersgrenze das Ende des Schulhalbjahres, in dem sie das 65. Lebensjahr vollenden. Für einzelne Beamtengruppen kann gesetzlich eine andere Altersgrenze bestimmt werden, wenn die Eigenart der Amtsaufgaben es erfordert.

Man beachte Satz 2. Wenn also die Eigenart der Amtsaufgabe eine besondere Altersgrenze nicht mehr erfordert, was wohl so ist, wenn diese abgeschafft wird bzw. deutlich negativ verändert wird, dann frage ich mich, was sich an der Eigenart der Amtsaufgabe so verändert hat, dass das Erfordernis einer besonderen Altersgrenze nicht mehr besteht. Ich

sage: nichts!!! Die Polizeiarbeit ist nicht nur vom Schichtdienst im WWD geprägt, alle Facetten des Polizeidienstes bieten Belastungen, denen sich andere Beamtengruppen so nicht stellen müssen und der Bürger schon gar nicht.

Herr Innenminister, Dr. Dietmar Woidke, Genosse Woidke, ich schäme mich für Sie!

Wir holen für Sie die Kohlen aus dem Feuer, täglich sorgen wir dafür, dass Sie Minister bleiben dürfen, an der Grenze zu Polen, im Speckgürtel von Berlin, am Flughafen BER, bei Frau Merkel zu Hause, in der rechten Szene, bei so genannten Fußballfans und bei Demos, die von Genossen blockiert werden ... wir schlagen uns mit den Rockern und den Kinder-



MEINUNG

schändern herum, sichern Beweise in Kinderpornos, sehen den Tod in all seinen täglichen Facetten hautnah und lassen uns von besoffenen Ehemännern beschimpfen, ertragen geduldig jedes Hirn-gespinnst, ob es sich Reform oder Evaluierung nennt und halten auch die linke Backe hin, wenn man uns auf die rechte schlägt. Wir bringen Verständnis auf für die schwarzen „Luftlöcher“, in denen die Steuergelder verschwinden, die Investruinen des Landes und fühlen uns schuldig für das Schuldenelend des Landes,

dessen Beamte wir sind und, und, und ... Schluss damit! Die Halbwertzeit eines Ministers, einer Regierung beginnt mit der Wahl und die beeinflusst der Wähler! Den wiederum beeinflussen über 7600 Mitglieder der GdP und ihre Angehörigen! Wir haben nichts zu verlieren, außer unseren Ketten! Mancher wird sich erinnern, die SPD singt ab und zu die „Internationale“, nehmen wir sie beim Wort und stehen endlich auf! Formulieren wir unseren Protest gegen die Beamtenpolitik der Landesregierung, gegen die Stra-

tegie des Beamtenministers, gegen die fortschreitende Demütigung von Landesbediensteten und die Diskriminierung von Gewerkschaften oder lassen uns verdammen bis an das Ende des Landes Brandenburg. Ein Vorschlag: Jedes Mitglied investiert in den Job des Innenministers einen Euro und fordert ihn zeitgleich zur Beantragung des Ruhestandes auf.

Eine der vielen Ameisen aus der Koop. der PD Ost

Plautzes Schlaraffenland

Rechts der Elbe an einem schönen Ordensband lebt es sich wie im Schlaraffenland. Es herrscht König Plautze, ein Mann wie ein Baum, er hält seine Untertanen am kurzen Zaum.

Obwohl die Steuerquellen üppiger sprudeln, lässt er sich gern von seinen Ministern lobhudeln. Ist geplant von langer Hand, Ungemach für den Beamtenstand.

Satt und faul wie die sind, nimmt man ihnen ganz geschwind Weihnachtstaler und Urlaubssold. Politiker sind halt nicht immer hold.

Denn der Hofstaat gern verkündet, sparen muss man – egal wie begründet. Das neue Stadtschloss teuer ist, der Hofstaat immer mehr Diäten frisst, und geht nach zehn Jahren in Pension, mit einem üppigen Altersruhehohn.

König Plautze ist nicht dumm, sorgt für sein Schlaraffenland um sich herum. Noch nie so viele Millionäre wie heute, auf der Jagd nach fetter Beute. Der Koalitionsvertrag sieht vor, große Kürzungen fürs Volk – ist der Tenor.

Beamte werden sehr alt, denn am Schreibtisch ist es nie kalt. Deshalb Mehrarbeit mit viel Ministerdonner, bis zu sieben Jahressommer. Damit Diäten und Hofstaat-Pensionen sich auch für die Wenigen richtig lohnen.

Die Hofjungfern im linken Flügel palavern auf dem Feldherrenhügel. Wollten erst keine längeren Arbeitsjahre, ihre Worte nur schnöde Wegwerfware. Erst dagegen – dann dafür, hoch lebe die Hofstaatswillkür.

Wählerstimmen waren ihr Ziel, aber Volkes Gedächtnis ist nicht debil. Kaum an der Macht, hat man sich darüber keine Gedanken gemacht. Um König Plautze zu gefallen, würden sie selbst das Schlimmste lallen. Nach der Wahl ist vor der Wahl, echt fatal, die bald neue Oppositionsqual.

Die Steuern sprießen, aber kein Geld, König Plautze verweist auf die globale Welt. Spekulationsblasen im Einheitsdrill sorgen bald für den Overkill. Immer mehr Schulden in seiner Provinz, durch einen hohen Bankenzins. Zeppelinprojekt mit Bruchpiloten, es ging zu, wie bei den Chaoten. Chipfabrik, Flughafenchaos, Lausitzring – vertrackt, verschlingt Steuergelder im Minutentakt.

Dazu ein Polizeireförmchen, gemacht im eisigen Elfenbeintürmchen. Koste es was es wolle, sparen sollen andere – was das solle.

Wo ist das Geld, wo ist es hin? Ist noch da, nur andere machten den Gewinn. Viel einfacher ist es doch, den kleinen Beamten zu schröpfen ... **noch**.

Aber auch der Beamte schlau, lässt sich nicht ziehen durch den Kakao. Lebt ab sofort gewaltig gesund, steigert Lebensalter an die hundert Lenze – rund.

Der Beamte mit siebenundsechzig geht ausgeruht in Pension und rächt sich. König Plautze, wann begreifst Du, kannst nicht Beamte melken – wie eine Kuh.

Im fernen Frankenreich geht man im Alter nicht auf dem Fleisch.

Senkt man das Rentenalter auf sechzig, **das** ist Volkes-mächtig!

TAUSCHGESUCH

PM der PD Segeberg/PR Rellingen der LaPol SH sucht wegen Familienzusammenführung einen Tauschpartner der LaPol Brandenburg. Auch Ringtausch möglich. Tel. 01 72/4 71 76 82.

Thomas Sommer

NACHRUF



Uns erreichte am Freitag, dem 1. 6. 2012, die traurige Nachricht, dass unserer Kollege und GdP-Mitglied Lutz Saretz im Alter von 48 Jahren überraschend von uns gegangen ist. Er hinterlässt eine Ehefrau und eine Tochter. Seit 1994 war Lutz Angehöriger der 3. Einsatzhundertschaft und bekleidete zuletzt die Funktion als Waffenwart. Mit Lutz verlieren wir viel zu früh einen engagierten lebenslustigen Kollegen. **KG BD**



Vier „kleine“ zum Riesen

Am 10. Mai 2012, von 16.00 bis 19.20 Uhr, führten die Kreisgruppen CB/SPN, DS, OSL und EE im Radisson Blue Hotel in Cottbus eine Mitgliederversammlung durch. Ziel war es, die im Vorfeld einzeln gefassten Beschlüsse zur Vereinigung der vier Kreisgruppen, entsprechend der Neuorganisation der Polizei, umzusetzen. Im Vorfeld hatten sich bereits am 2. 4. 2012 die Vorstände der vier Kreisgruppen zu einer Klausurtagung getroffen, diese Veranstaltung vorbereitet und Vorschläge zur Mitgliederbetreuung sowie der neuwählenden Funktion erarbeitet.

Und so fanden sich am 10. 5. 84 Mitglieder der vier Kreisgruppen und sieben Gäste (GdP-Vorsitzende aus der Direktion Ost und Vertreter der Signal Iduna) ein, um gemeinsam über die Zukunft der GdP in der Direktion Süd zu diskutieren und die ersten Beschlüsse zu fassen. Zuerst wurden die vier Kreisgruppenvorsitzenden gebeten, ihre Rechenschaftsberichte zur Arbeit ihrer Kreisgruppe vor-

zustellen. Danach wurden die Finanzen und die Ergebnisse der Kassenprüfungen bekanntgegeben. Die vier Vorstände wurden so dann von ihren Mitgliedern entlastet.

In der darauf folgenden Diskussion ergriff Angelika Bresler das Wort und teilte den Anwesenden mit, dass die existierenden Seniorengruppen vorschlagen, nicht geeint zu werden. Optimaler wäre, „in sich“ die weitere Arbeit unter dem Dach der neuen Kreisgruppe zu leisten. Aber die einzelnen Seniorenvorstände schlagen ein Bindeglied zwischen sich und dem neuen KG-Vorstand vor, der dann als Koordinator Senioren fungieren sollte.

Andreas Schuster ergriff dann das Wort und teilte den Anwesenden u. a. den Stand der so genannten Dreier-Gespräche mit. Anfang Juni wird es zu den Themen Sonderzahlungen/Vorruhestand/Altersteilzeit u. w. die nächsten Verhandlungen geben.

Nach einer erst nötigen und dann sättigenden Pause wurden der neue Vor-

stand, der erweiterte Vorstand, Mitglieder der Fachausschüsse sowie der Name unserer neuen Kreisgruppe („Kreisgruppe SÜD“) vorgeschlagen, diskutiert und gewählt. Spannend war es ebenfalls bei der Diskussion um die nun einheitlichen finanziellen Mittel zur Durchführung von Maßnahmen zur Mitgliederbetreuung/-gewinnung. Anschließend wurde über einen Antrag vom Hans-Jürgen Kunze an den Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand BB beraten. Im Antrag fordert er eine angemessene Stimmengewichtung in den Landesgremien entsprechend unserer Mitgliederstärke von 1341 (mit Abstand die zahlenmäßig stärkste Kreisgruppe im Land)!!! Dem Antrag wurde zugestimmt.

Um 19.15 Uhr bedankte sich der neue Vorsitzende der Kreisgruppe Süd bei den Organisatoren der Veranstaltung und für das entgegengebrachte Vertrauen. Den Gewählten wünschte er viel Erfolg im Interesse unserer Mitglieder.

Holger Schiffner

Gemeinsam stark und doch verankert vor Ort

Strukturänderungen in der Polizei wirken sich in vielfältiger Weise auch auf andere Organisationen aus, die mit der Polizei im Zusammenhang stehen und erfordern Reaktionen. Dieser Erkenntnis folgend trafen sich die Kreisgruppenvorsitzenden zu einem gemeinsamen Gedankenaustausch, bei dem die Idee eines Kooperationsvertrages geboren wurde. In Kooperation miteinander, mit abgestimmten Zielen, angeglichene Haushalten und mit einer Stimme gegenüber unseren Verhandlungspartnern, so sehen wir, die **Kreisgruppen der GdP in der Polizeidirektion Ost**, unsere Zukunft nach der von uns nicht gewollten, aber nun Realität gewordenen „Reform“ der Polizei des Landes BB. In mehreren gemeinsamen Sitzungen der Vorstände der Kreisgruppen MOL, BAR, UM, OS/FF und PD Ost Haus erarbeiteten wir eine Kooperationsvereinbarung, die gleichzeitig auch den ersten Schritt für die Zu-



V. l. n. r.: Holger Jacob, Harald Abraham, Wolfgang Frick, Conny Schostag, Udo Wetzling

Bild: F. Templin

sammenführung unserer Kreisgruppen in der PD Ost zu einer Gesamtkreisgruppe vorbereiten könnte. Auf der letzten gemeinsamen Sitzung wurde nunmehr auch ein **Sprecher der Koop.** gewählt. Dem Vorschlag aus mehreren Kreisgruppen folgend, übernimmt **Frank Templin** diese Aufgabe. Seine Aufgabe wird es sein, in-

nerhalb der PD Ost die Vorstellungen der GdP an den Behördenleiter heranzutragen und notwendige Gespräche zu führen. Die Kreisgruppen bleiben weiter in ihren derzeitigen Strukturen vor Ort erhalten. Die **zentrale Ansprechstelle** für die Koop. erreichen die Mitglieder unter **0 74 41-20 71** oder **0 33 55 61-20 71**.

Gemeinsam werden wir für Erfolge im Interesse unserer Mitglieder kämpfen, denn die Anforderungen und Belastungen im täglichen Dienst werden wahrlich nicht geringer und der Glaube an einen uns wohlgesonnenen Dienstherrn dürfte, seit den letzten Entscheidungen dieser Landesregierung, auch der letzte verloren haben.

Für die Vorstände der Kreisgruppen MOL, BAR, UM, OS/FF und PD Ost Haus

Frank Templin

